

# Deutsche Rundschau

in Polen

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Rl., monatlich 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Rl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,00 Rl., monatlich 5,33 Rl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Rl., Danzig 3 Gld., Deutschland 2,50 R.-M. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Vertraut Nr. 594 und 595.**

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 bz. 70 Pz. Pfl., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postfachkonten:** Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 128.

Bromberg, Freitag den 7. Juni 1929.

53. Jahrg.

## Der englische Liberalismus im Kreuzfeuer.

Die englischen Liberalen haben mit ihren 53 Mandaten zwischen den 253 der Konservativen und den 288 der Arbeiterpartei die Position des Züngelns an der Wage gewonnen. Aber diese Position ist in England weniger heilsam, als etwa in Deutschland oder in Frankreich. MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei, erklärt den Ausfall der Wahlen kurzerhand dahin, daß das englische Volk durch die geringe für den Liberalismus abgegebene Stimmenzahl zum Ausdruck gebracht habe, daß es eine dritte Partei nicht wünsche. Dieses Urteil ist ganz und gar aus der englischen Tradition des Zwei-Parteien-Systems erwachsen. Der Engländer sieht tatsächlich nur auf die großen Ziffern. Sie sind ihm bezeichnend für die Richtung des politischen Willens im Volk, und mit ihnen soll deshalb auch die Regierungsverantwortung verbunden werden. Alle die kleinen Schläuchen und alle die ungläublichen Zufälligkeiten, denen eine Koalition ausgesetzt ist, in der eine Minderheitsgruppe nach Belieben dadurch die Entscheidungen herbeiführt, daß sie sich abwechselnd bald auf die eine, bald auf die andere Seite schlägt, sind dem Engländer unbegreiflich. Und darin äußert sich in der Tat eine tiefere politische Weisheit. Soll ein Volk politisch erzogen werden, soll sein politisches Interesse dauernd wach gehalten werden, dann muß es nach großen Gesichtspunkten entscheiden können. Es muß dann auch diejenige Partei an der Regierung sehen, die die größte Zahl der Mandate zugefallen ist, einerlei ob diese nun zu einer absoluten Mehrheit im Parlament ausreicht oder nicht. Die vom Vertrauen eines gewaltigen Volksstils getragene Partei soll zeigen, was sie will und was sie kann. Dafür nimmt der Engländer in Kauf, daß die Entscheidung einer solchen Regierungspolitik abwechselnd recht stark nach rechts oder nach links ausschlagen kann. Nach dem Gesetz vom Parallelogramm der Kräfte wird sich seiner Auffassung nach der Ausgleich automatisch ergeben. Er wird nicht, wie bei dem Regierungssystem der gemischten Koalitionen, immer im gegenwärtigen Augenblick gestört werden, sondern in größeren Zeiträumen. Und da Politik treiben Geschichte machen heißt, so dürfte diese mit längeren Fristen ruhende historische Auffassung tatsächlich ihre Berechtigung haben. Der Wähler lernt gerade dadurch, daß er entgegengesetzte Tendenzen bei den verschiedenen Regierungen deutlich wahrnehmen kann, unterscheiden. Die Kunst des richtigen Unterscheidens ist aber die Voraussetzung für alles Erkennen.

Lloyd George sieht sich deshalb keineswegs, wie es auf dem Festlande der Fall sein würde, etwa von den beiden Hauptparteien umworben, weil nur mit Hilfe der Liberalen eine absolute parlamentarische Mehrheit und damit eine tragfähige Regierung erzielt werden könnte, sondern er bekommt von beiden Seiten mit rückfichtloser Deutlichkeit attestiert, daß er und seine Partei eigentlich überflüssig seien, und daß man sein Verschwinden von der politischen Bühne für das Beste hielte. Baldwin erklärt, die Konservative Partei verdanke den starken Rückgang ihrer Stimmen zum größten Teil der heftigen Kritik, die der Liberalismus geübt habe, und die sich von der der Arbeiterpartei kaum unterscheide. MacDonald dagegen glaubt feststellen zu können, daß die größere Hälfte der liberalen Stimmen auch noch der Arbeiterpartei zugefallen sein würde, wenn es keine Liberale Partei gegeben hätte. Sowohl die Konservativen wie die Arbeiter halten also für die Zukunft zäh daran fest, daß der Wettbewerb um die Regierungsmacht in England nur zwischen zwei großen Hauptrichtungen ausgetragen werden sollte. Die letzten Wahlen erscheinen so als ein letzter Versuch des Liberalismus, sich in der Position der einen Hauptpartei zu behaupten. Dieser Versuch ist nach englischer Auffassung endgültig gescheitert. Auf ein paar Mandate mehr oder weniger für die Liberalen kommt es dabei nicht an. Bedeutsam ist nur, daß ihre geringe Mandatszahl sie als unfähig erscheinen läßt, irgendwann noch einmal die Arbeiterpartei aus der Rolle des Hauptgegners der Konservativen zu verdrängen. Für Baldwin ist die Idee des Bürgerblocks ebenso unsympathisch, wie für MacDonald die Idee eines großen Volksblocks. Lloyd George hat nun die undankbare und sehr schwierige Aufgabe, entweder Baldwin zu stützen, was die Arbeiterpartei an die Regierung bringen würde, oder ihn zu unterstützen, ohne irgend welchen Dank dafür zu ernten. Seine Rolle einer etwaigen Arbeiterregierung gegenüber wäre die gleiche. Ein liberales Regierungsprogramm, das sich selbständig neben dem konservativen oder neben dem Arbeiterpartei sehen lassen könnte, ist schwer auszudenken. Um so schwerer, als die Liberale Partei selbst in sich gespalten ist, da der eine Flügel mehr zum Bürgerblock, der andere mehr zum Volksblock neigt. So spricht bei der ganzen englischen Mentalität vieles dafür, daß tatsächlich in absehbarer Zeit die liberalen Stimmen sich auf die beiden Hauptparteien verteilen und so die alte Form des politischen Wettbewerbs wieder herstellen werden, mit der einzigen Änderung, daß der Name der Liberalen durch den der Arbeiterpartei ersetzt werden wird. Aus dieser Situation erklärt sich die Schärfe des Kampfes, wie er von den beiden Hauptparteien gerade gegen die Liberalen geführt wurde, und erklärt sich die Ablehnung des Verhältniswahlrechtes, für das weder die Konservativen, noch die Arbeiter zu haben sind. Mag das Verhältniswahlrecht noch so gerecht sein, es bringt die Gefahr der Vermischung der Linien und der Versumpfung mit sich. England wünscht, nicht diesen Weg, sondern den der klaren Unterscheidungen zu gehen.

## Macdonald bildet sein Kabinett.

London, 6. Juni. („Voss. Ztg.“) Gestern mittag hat der König im Schloß von Windsor, in einem Krankenstuhle sitzend, in einer kurzen Unterredung den Führer der Arbeiterpartei empfangen, damit dieser ihm in der alten Form des englischen Staatsrechtes anlässlich der Ernennung zum „Ersten Lord des Schatzes“ die Hand küßte. Der Handkuß bedeutet die Annahme des Amtes an den betreffenden Politiker, ein Kabinett seiner Partei zu bilden. Es gibt im englischen Staatsrecht keine Ministerpräsidenten, sondern der König ernennt jeweils einen „Ersten Lord des Schatzes“, der sich seinerseits für die Verwaltung des „Schatzes“ Gehilfen sucht, die vom Könige Amtssiegel erhalten, durch die sie befugt werden, innerhalb ihres Ressorts den „Ersten Lord“, also den Ministerpräsidenten, zu vertreten. Infolge dieser Konstruktion des englischen Kabinetts mußten die Minister am Montag Baldwin einzeln ihre Demission geben, die es wiederum dem Ministerpräsidenten ermöglichten, zugleich für sich und seine Gehilfen gestern zu demissionieren.

Gestern nachmittag fand eine gemeinschaftliche Sitzung des Landesvorstandes der Arbeiterpartei und der neugewählten Unterhausfraktion unter dem Vorsitz von MacDonald statt. MacDonald erhielt für die Vorberingung der nächsten Wahl dienen. Es verlautet, daß Ende dieser Woche die Liste der wichtigsten Minister bekanntgegeben wird, und daß im Laufe der nächsten Woche in der ersten Vollversammlung des neuen Kabinetts, also in etwa acht Tagen, die kleineren Posten und die Unterstaatssekretariate besetzt werden sollen.

Ende nächster Woche beabsichtigt MacDonald, sich auf einige Zeit zur Erholung in seine schottische Heimat zu begeben. Das Parlament tritt am 25. Juni zur Wahl des Sprechers und zur Vereidigung der Mitglieder zusammen, während die politische Arbeit am 2. Juli nach der Verlesung der Thronrede mit der Adressdebatte beginnt.

## Wer wird Außenminister?

London, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der Bildung der neuen Regierung MacDonald sind unerwartet gewisse Schwierigkeiten im Zusammenhange mit der Befugung des Portefeuilles des Außenministers aufgetreten. Die beiden Kandidaten Thomas und Henderson, die dafür zunächst in Betracht kamen, haben das ihnen angebotene Portefeuille nicht angenommen, so daß es möglich ist, daß MacDonald selbst das Außenressort übernimmt. Aber auch der jugendliche Sir Mosley, der erst 33 Jahre zählt, wird als Favorit für die Nachfolge Chamberlains genannt.

## Der Czechowicz-Prozess. Abschluß der Untersuchung.

Warschau, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Prozess gegen den ehemaligen Finanzminister Czechowicz brachten die vom Sejm bestellten Ankläger Lieberman, Pieracki und Wyrantowski gestern mittag weitere Anträge auf Vernehmung des Ministers Skladkowski und des ehemaligen Ministers Jurkiewicz ein. Abends erhielten jedoch die Ankläger von dem Untersuchungsrichter ein Schreiben, in dem sie davon in Kenntnis gesetzt werden, daß die Untersuchung in Sachen des ehemaligen Ministers Czechowicz abgeschlossen sei und die Akten dem Staatsgerichtshof überhandt wurden. Den Akten wurde das Schreiben des Marschalls Pilsudski beigelegt, in welchem die Gründe angegeben werden, weshalb der Marschall vor dem Untersuchungsrichter als Zeuge nicht auszusagen will. Das Schreiben, das 4½ Schreibmaschinenseiten enthält und während der Verhandlung verlesen werden soll, soll u. a. die Erklärung enthalten, daß Marschall Pilsudski die Verantwortung für die Budgetüberschreitungen aus den Jahren 1927/28 auf sich nehme.

## Wird der Prozess niedergeschlagen?

Warschau, 5. Juni. In Finanzkreisen wird der nationaldemokratischen Presse zufolge angekündigt, daß der Prozess gegen den ehemaligen Finanzminister Czechowicz vor dem Staatsgerichtshof wegen Überschreitung der Staatshaushaltskredite bald liquidiert werden dürfte. Nach diesen Versicherungen soll die Liquidierung in der Form erfolgen, daß die Sache infolge Mangels an formalen Grundlagen zur Durchführung des Prozesses niedergeschlagen werden soll. Nach dieser Liquidierung soll Herr Czechowicz nach denselben Versicherungen auf seinen früheren Posten im Finanzministerium zurückkehren.

Die „Gazeta Warszawska“ betont im Zusammenhange mit dieser Meldung, daß die Verhandlung auf Grund des Gesetzes über den Staatsgerichtshof stattfinden muß und die Sache selbst ohne Verhandlung nicht niedergeschlagen werden darf.

Dementi.

Warschau, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Im Zusammenhang mit diesem Gericht erklärte der Präses des Obersten Gerichtshofes, Supinski, daß er zwar um eine möglichst rasche Liquidierung des Czechowicz-Prozesses bemüht sei, jedoch in Form einer Urteilsfällung nach durchgeführter Verhandlung. Der Prozess soll noch im Laufe dieses Monats stattfinden.

## Deutsch-französische Verhandlungen in Madrid.

London, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Den Verhandlungen, die diesmal innerhalb der amtlichen Tagung des Völkerbunds geführt werden, kommt, wie Bertinax dem „Daily Telegraph“ berichtet, nicht die sonst übliche Bedeutung zu. Briand sei durch einen französischen Kabinettsbeschluss angewiesen worden, sich in Madrid sehr starke Zurückhaltung aufzulegen. Das schließt natürlich nicht aus, daß er in einen Meinungsaustrausch mit Dr. Stresemann eintreten werde über die durch die Annahme des Pariser Sachverständigenberichts geschaffene neue Lage. Briand werde gegenüber dem deutschen Außenminister auf die Notwendigkeit der Einberufung eines sogenannten Ausgleichskomitees bestehen, das alle zwischen Deutschland und Frankreich entstehenden Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der entmilitarisierten Rheinlandzone zu beseitigen habe. Die Bildung dieses Ausschusses sei im Genfer Protokoll vom 16. September als eine Bedingung für die Räumung des Rheinlandes erwähnt worden. In den bisherigen Verhandlungen über diese Frage sei kein Fortschritt zu verzeichnen gewesen. Briand habe im Dezember in Locarno zugestimmt, daß parallele Verhandlungen über die Kriegsschadigung und die Bildung eines Ausschusses stattfinden sollten, was aber durch die sehr lange Ungewißheit über den Verlauf der Verhandlungen in Paris unmöglich gewesen sei.

Vor zwei Monaten habe die deutsche Regierung in Paris wissen lassen, daß sie der Aufrechterhaltung eines solchen Ausschusses über das Jahr 1935 hinaus nicht zustimmen würde. Zu diesem Punkte werde Briand die französische Ansicht in einer besonderen Denkschrift niederlegen. Eine ähnliche Denkschrift sei auch vom Londoner Außenministerium ausgearbeitet worden. Es werde für wahrscheinlich erachtet, daß eine Konferenz, die in vieler Hinsicht der im August 1925 in London abgehaltenen gleichkommen würde, einberufen werde, um sich mit der Durchführung der Rheinlandräumung zu befassen.

## Zaleski bei Briand.

Paris, 5. Juni. Während seiner Reise nach Madrid zur Session des Völkerbunds machte der polnische Außenminister Zaleski einen Abstecher nach Paris, wo er eine Konferenz mit Briand hatte. Das Gesprächsthema soll, der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge, ausschließlich die Minderheitenfrage gewesen sein, über die sich die beiden Staatsmänner in allen Punkten verständigt haben sollen.

## Schlussarbeiten in Paris.

Paris, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Sachverständigen und ihre Mitarbeiter haben am Mittwoch bis tief in die Nacht an der Fertigstellung des Schlussberichts gearbeitet. Nach wie vor rechnet man damit, daß die Unterschriften am Freitag erfolgen können. Bei den Redaktionsarbeiten hatten sich noch einige Meinungsverschiedenheiten herausgestellt, die aber leicht geklärt wurden. Nach dem „New York Herald“ nahm die Unterkommission Stamp einen zwei Seiten langen Bericht an, nach dem Deutschland an einem etwaigen Schuldennachlaß Amerikas bis zu einem gewissen Grade beteiligt wird. Die „Journée industrielle“ weiß zu melden, daß die Unterkommission für Sachlieferungen ihren Bericht der Unterkommission zur Fertigstellung des Schlussberichts zugelegt hat. Diese Kommission hat weiter den Text für die internationale Zahlungsbank erhalten. Am Mittwoch abend beschäftigte man sich vor allem mit der Prüfung der Anhänge. Dem „Ezzelfor“ zufolge wird der Schlussbericht im endgültigen Text am Donnerstag vormittag niedergelegt und in einer Vollversammlung verlesen werden.

## Italien über Schacht.

Der „Römischen Zeitung“ wird von ihrem römischen Korrespondenten berichtet:

Man kann der italienischen Presse nachsagen, daß sie sich bis auf wenige Ausnahmen bemüht hat, über die Pariser Verhandlungen objektiv zu berichten. Es war ihr nicht leicht gemacht, da sie ihre Nachrichten hauptsächlich aus der nationalitalienischen Pariser Boulevard-Presse nehmen mußte, so daß sie, ohne es zu wollen, bisweilen unter deren Einfluß geriet. Überschriften wie das „Spiel“ oder die „Mandöver“ Schachts waren deshalb an der Tagesordnung, und es ist ihr auch niemals so recht zum Bewußtsein gekommen, welche ungeheuerlichen Stimmen Schacht zu zahlen bereit war, nachdem Deutschland bereits durch den Krieg gewaltige Ausgaben gehabt und sich noch mehr in den zehn Jahren nach dem Krieg ausgeblutet hatte. Als Bismarck 1871 vom unerlöschten Frankreich nur 5 Milliarden forderte, sprang Jules Favre entsetzt auf und rief aus, um diese abzufüllen, hätte sich ja bereits einer bei Christi Geburt hinlegen müssen! Schacht hätte heute erwidern können, daß man zur Abzahlung der deutschen Milliarden schon bei der Erschaffung der Welt hätte anfangen müssen. Immerhin aber



kann man sagen, daß Deutschland in Italien eine relativ gute Presse hatte und daß sie mit der Zeit immer besser geworden ist. Gefällige Stimmen wie die des ganz unter dem Einfluß der Boulevard-Blätter stehenden Korrespondenten des Lavoro Fascista sind verstummt, und es werden sogar bewundernde Stimmen laut. So schreibt der Pariser Vertreter der Turiner „Stampa“:

Seit dreieinhalb Monaten hat der Präsident der Reichshank die Geschicklichkeit, dem Gegner eine unbeschränkte Zahl von Ablehnungen auseinanderzusetzen, ohne je mit einem kategorischen Nein zu antworten. Wenn wir bis zur Brutalität ehrlich sein wollen, würden wir sagen, daß dieser zähe Preuze uns eine gewisse Bewunderung einzuflößen beginnt wegen der ausgeübten Weisheit, mit der er seit dem 15. Februar nach seinem Belieben die Gesamtheit des Gläubigerkonfessions zu leiten versteht. So sehr wir es bedauern, müssen wir gestehen, daß Deutschland in seiner Renitenz viel logischer ist als die Verbündeten mit ihren Drohungen und ihrer Nachgiebigkeit.

Der halbamtliche „Tevere“ überschreibt seinen Zeitaussatz: „Schacht gibt den Schritt an! und schildert, wie es seiner geschickten Taktik gelungen sei, die Entscheidung bis nach den englischen Wahlen hinauszuziehen. Siegte die Arbeiterpartei, so hätte Deutschland seine Ansichten verbessert, blieben die Konservativen, so sei nichts geändert. Im übrigen schreibt das Blatt:

Eine gewisse Dosis Skeptizismus erfährt einen, wenn man die lange Reihe der Jahreszahlungen sieht. Sie sollen die Meilensteine für mehr als ein halbes Jahrhundert bilden, in dem man sicherlich Geschichte und nicht allein in ordentliche Buchführung machen wird. Aber für heute ist der Ausgleich alles: morgen werden Uneinigkeiten und vielleicht Zusammenstöße sein, und dann wird man die ganze Schreibung: Reparationen — Kriegsschulden verbrennen können, indem man die Phrase Mussolinis wiederholt: „Dies ist das Leben!“

## Die verhinderte Tributdebatte.

**Nach im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages.**

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde die Sachverständigenkonferenz in Paris behandelt. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding gab einen Überblick über die historische Entwicklung der Arbeiten des Pariser Sachverständigenausschusses. Reichskanzler Müller ergänzte diese Ausführungen in politischer Hinsicht und gab von einer Mitteilung Kenntnis, in der sämtliche deutsche Sachverständige der Pariser Konferenz das dringende Ersuchen aussprachen, daß innerpolitische Auseinandersetzungen bis nach Beendigung der Konferenz vertagt werden möchten. Die Sachverständigen würden, lediglich ihrem Gewissen und ihrem freien Ermessen folgend, die Verantwortung für ihre Entscheidungen ohne Rücksicht auf äußere Einflüsse übernehmen. Die deutsche Regierung bleibe in Bezug auf Annahme oder Ablehnung der Pariser Abmachungen völlig frei. Der Reichskanzler fügte hinzu, daß sich in einer Pressekonferenz vor den deutschen Pressevertretern in Paris Geheimrat Kraft im gleichen Sinne geäußert habe. Daher hat der Reichskanzler, kurz vor einer materiellen Erörterung abzusehen.

Abg. Scholz (D. Vp.) beantragte darauf in Anbetracht der noch gar nicht abgeschlossenen Materie dem Wunsch der Sachverständigen zu folgen und im gegenwärtigen Augenblick von einer materiellen Diskussion abzusehen. Redner ersuchte aber die Regierung, zur Klärung der Sachlage auf die aus der Mitte des Ausschusses gestellten Anfragen Auskünfte zu erteilen, was die Regierung zusagte. Der Ausschuss beschloß in seiner Mehrheit im Sinne des Antrages des Abg. Dr. Scholz (D. Vp.). Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden von Seiten der Mitglieder des Ausschusses zahlreiche Fragen gestellt, zu denen die verschiedenen zuständigen Regierungsvertreter ausgiebige Auskünfte erteilten.

Zu dem Verlauf dieser Sitzung teilt die deutsche nationale Reichstagsfraktion mit: Die Ablehnung der Beratung der Pariser Verhandlungen im Plenum des Reichstages wurde seitens der Reichsregierung mit dem Hinweis darauf begründet, daß die heutige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses die Möglichkeit bieten solle, ausgiebig über die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Pariser Verhandlungen zu debattieren. Diese Möglichkeit wurde in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses von den Regierungsparteien dadurch abgeschnitten, daß sie jede Behandlung eines deutschnationalen Antrages auf Ablehnung der jetzt bereits bekannten ungeheuren, auf zwei Generationen sich erstreckenden Belastung des deutschen Volkes schroff verweigerten. Die deutschnationalen Mitglieder des Ausschusses widersprachen entschieden dieser den bisherigen Zusagen direkt entgegengekehrten Unterdrückung der Kritik in einer Schicksalsfrage des deutschen Volkes und verließen in Verfolg dieses Protestes den Sitzungssaal.

## Unangenehme Wahrheiten.

**Die Mandatare der früher munterhaft verwalteten deutschen Kolonien werden an ihre Sünden erinnert.**

In der Zwangsarbeitsdebatte der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf schilderte am Dienstag, dem 4. Juni, das Mitglied der deutschen Arbeitergruppe, Furtwängler, Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Schrecken der Zwangsarbeit mit rührender Schärfe. Der Redner hat im Auftrag des Gewerkschaftsbundes eine Studienreise durch Indien gemacht und konnte deshalb zum Teil auf Grund persönlicher Feststellungen sprechen. Er teilte mit, wie in indischen Industriestädten die Arbeiterknechtschaften systematisch umgangen würden. Er sprach von den Leiden der 300000 Plantagenkulis in den niederländischen Kolonien, den chinesischen Strafgefangenen in der französischen Niederlassung von Schanghai, und wies darauf hin, daß beim Bau einer Eisenbahnlinie im französischen Kongo 25000 Neger wie das Vieh verwendet wurden. Das Belgien anvertraute Mandatsgebiet Ruanda-Urundi werde das „Land der Skelette“ genannt. Dort seien im letzten Jahre 60000 Menschen verendet. Es sei bezeichnend, daß nach dem portugiesischen Kolonialgesetz Regierungsbeamten vom letzten Monat der Schwangerschaft an nicht mehr gepeinigt werden dürften. Eine Million Leerkulis würden in der Grotte von Assam zu Tode gequält. Im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika werde ein Bauernstamm von Negern in die Bergwerke geschleppt. In indischen Vassallenstaaten sei die Zwangsarbeit an der Tagesordnung. Nach diesen Gebieten müßten periodisch Untersuchungskomitees entsandt werden, in denen die Arbeiter vertreten seien. Der Redner schloß mit dem Hinweis darauf, daß durch die Zwangsarbeit der Völkermordismus gefördert werde. Während seiner Ausführungen richtete Albert Thomas in einer Weise, die sich mit der ihm obliegenden Objektivität in keiner Weise verträgt, wiederholt erregte Zwischenbemerkungen an den Redner, und der stellvertretende Vorsitzende Duzman rief den deutschen Sprecher wiederholt zur Sache, so daß dieser schließlich seine Ausführungen vorzeitig abbrach. Er

versprach jedoch, der internationalen Presse sein mit neuem Quellenmaterial belegtes Gesamtmaterial zugänglich zu machen.

## Deutschland verliert zwei Gemeinden.

**Durch nachträgliche Grenzfestsetzung.**

Berlin, 5. Juni. (W.B.) Die zum Gutschiner Lande gehörenden Gemeinden Haatz und Sandau sind, wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Rundschreiben des Ministers des Innern entnimmt, infolge nachträglicher Grenzfestsetzung mit Wirkung vom 16. März 1922 an die Tschechoslowakei gefallen. Auf Grund des Art. 84 des Versailler Vertrages und des Staatsangehörigkeitsvertrages zwischen Deutschland und der Tschechoslowakischen Republik haben die deutschen Reichsangehörigen, die beim Inkrafttreten des Versailler Vertrages ihren Wohnsitz in Haatz und Sandau hatten, mit Wirkung vom 10. Januar 1920 unter Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit erworben. Ein Optionsrecht ist ihnen nachträglich nicht zugebilligt worden.

## Polenausweisungen aus dem tschechischen Schlesien.

Der Krafauer „Glas“ meldet aus Karwin: „Auf die Bemühungen des tschechischen Ingenieurs Malý hin, eines allmächtigen Herrn in dem Schacht „Hoheneger“ in Karwin, sind mit dem 1. Juli 1929 sieben Arbeiter polnischer Staatsangehörigkeit entlassen. Alle diese Arbeiter sind seit mehreren Jahren in Karwin tätig und geborene Schlesier. Da der Abbau durch wirtschaftliche Rücksichten ungerechtfertigt ist, dagegen einen rein politischen Hintergrund hat, hat man sich als Vorwand das neue tschechoslowakische Gesetz über den Schutz des Arbeitsmarktes zunutze gemacht. Das Gesetz sollte den tschechoslowakischen Arbeitsmarkt vor dem Zustrom neuer Arbeitskräfte aus anderen Ländern schützen, indessen wird es mit ganzer Härte gegen die auf dem Gebiet des heutigen Teichen-Schlesien ständig tätigen Arbeiter nur deswegen angewandt, weil sie auf polnischer Seite ihren Wohnsitz haben. Ein solches Verfahren muß einen jeden in der jetzigen Zeit wundernehmen, da man immer häufiger schöne Theorien von der tschechisch-polnischen Annäherung predigt. Leider stehen die Taten unserer tschechischen Brüder im grellsten Widerspruch zu den schönen Worten über die Brüderlichkeit. Sogar die Preußen sind noch nicht auf die Idee gekommen, polnische Staatsangehörige, die in Deutsch-Oberschlesien beschäftigt sind und ihren Wohnsitz in Polen haben, aus der Arbeit zu entlassen. Es lebe die tschechisch-polnische Annäherung!“

Aber, lieber „Glas“, sind nicht gerade die Polen, trotz des verständigen preussischen Verhaltens, schon hunderttausendfach auf die Idee gekommen, Deutsche, reichsdeutscher oder polnischer Staatsangehörigkeit, zu verdrängen? Hast ihr ein Recht zur Klage? Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu! Es lebe die deutsch-polnische Verständigung! Wir auf der deutschen Seite haben darüber sehr ernsthafte Gedanken und geben diesem Ausruf keinen ironischen Beigeschmack.

## Verhaftung von 32 ukrainischen Gymnasiasten.

Sambor, 5. Juni. Auf Anweisung der Gerichtsbehörden wurden hier durch die Polizeiorgane 32 Zöglinge des hiesigen ukrainischen Gymnasiums verhaftet. Nach einer Meldung des „Dilo“ erfolgte die Verhaftung aus dem Grunde, daß diese Gymnasiasten dem ukrainischen „Plat“ (ukrainischer Turnverein) angehörten. Wie aber die polnische nationaldemokratische Presse zu berichten weiß, wurden die Gymnasiasten deswegen verhaftet, daß sie unter dem Deckmantel des „Plat“ verschiedene aus der Tschechoslowakei und Berlin hereingeschmuggelte Schriften der ukrainischen militärischen Organisation versteckt und eine antipolnische Politik betrieben hätten. Man soll (!) sie sogar gelehrt haben, Spionage zugunsten von Nachbarstaaten zu treiben.

## Süben und drüben.

**Deutsche Unterstützung des polnischen Theaters in Deutschoberschlesien.**

**Oppeln, 6. Juni.**

Vom Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien ist, der „Nationaler Bta.“ zufolge, für das polnische Theater in Deutsch-Oberschlesien eine Unterstützung von 50000 Mark gewährt worden. Diese Unterstützung ist um so beachtenswerter, als vom polnischen Staat bisher dem deutschen Theater in Polnisch-Oberschlesien keinerlei Unterstützung gewährt worden ist, obwohl das deutsche Theater in Polnisch-Oberschlesien mit Rücksicht auf die außerordentliche Stärke der deutschen Minderheit weit eher einen Anspruch auf staatliche Unterstützung hätte als das polnische Theater in Deutsch-Oberschlesien, wo die polnische Minderheit nur einen ganz geringen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung darstellt.

## Streik der Lemberger polnischen Studenten

Lemberg, 6. Juni. Im Zusammenhange mit den von polnischen nationaldemokratischen Studenten kürzlich in Lemberg inszenierten antisemitischen Demonstrationen waren unter der polnischen Studentenschaft zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Die Bemühungen der Rektoren der Hochschulen um die Freilassung der Studenten hatten keinen Erfolg. Infolgedessen wurde gestern an den Lemberger Hochschulen der Streik proklamiert. Aus anderen Universitätsstädten trafen Delegierte hier ein, die sich mit der Haltung der nationaldemokratischen akademischen Jugend Lembergs solidarisierten. Den ganzen gestrigen Tag über wurden Flugblätter verteilt, die sich gegen den Vorgesetzten Klotz richteten. Zu den Flugblättern, deren Verfasser die nationaldemokratische akademische Jugend ist, wird angekündigt, daß der proklamierte Generalstreik nötigenfalls auf alle Universitäten in Polen ausgedehnt werden soll. In jedem Falle werde in Lemberg der Streik bis zu dem Augenblick andauern, bis der Starost Klotz, der die Delegation der nationaldemokratischen akademischen Jugend banditen über Schulte genannt haben soll, eine entsprechende Genugung gegeben haben wird. (In acht Tagen gehen die jungen Leute in die Ferien; da können sie sich das Streik-Theater leisten! D. R.)

Die verhafteten Studenten befinden sich auch weiterhin in Unterhofschaft. Gestern nachmittag fand eine Versammlung der Professoren der Jan-Kasimir-Universität statt, in der man über die Situation beriet, die sich durch den Streik herausgebildet hat. Im besonderen beratschlagte man über die Tatsache, daß die Streitenden die demokratische polnische Jugend, die ukrainische und die jüdische Jugend zu den Vorlesungen nicht zulassen. Sämtliche aus Anlaß des Schlußes des Schuljahres stattfindenden Prüfungen wurden abgesagt. In der Stadt herrscht im allgemeinen Ruhe.

## Die Fortsetzung der Ausschreitungen.

Lemberg, 5. Juni. Nach den ersten Straßengezessen, die am 3. Juni von chauvinistischen polnischen Korpsstudenten verübt wurden, versammelten sich am nächsten Tage, nachdem inzwischen ein Gekrauf verbreitet worden war, um 10 Uhr vormittags etwa 500 Korpsstudenten vor dem jüdischen Gymnasium und begannen in unumschriebener Weise Schüler zu verprügeln. Dann drangen die Studenten in das Gymnasium ein, wo sie chemische Apparate kurz und klein schlugen und in ihrer Wut auch die Bilder des Staatspräsidenten, des Maršalls Piłsudski, sowie der Dichter Mickiewicz und Slowacki nicht verschonten, sondern von den Wänden heruntergeschleuderten und in kleine Stücke zerrissen. Die Demonstranten zogen hierauf vor die Gebäude weiterer jüdischer Institutionen, wo sie Zimmereinrichtungen demolierten. Abends gingen die Studenten ergiebig unterstützt durch dunkle Elemente, die sich ihnen angeschlossen hatten, gegen jüdische Geschäfte und Häuser vor. Im Betrieb einer jüdischen Zeitung wurde sogar die schwere Rotationsmaschine völlig zerstört. Das Innenministerium hat eine strenge Untersuchung in dieser Sache eingeleitet.

## Der Wojewode entschuldigt sich.

Lemberg, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Wojewode Goluchocki hat gestern eine jüdische Delegation empfangen, der gegenüber er seinem Bedauern aus Anlaß der neuerlichen Zwischenfälle Ausdruck gab und erklärte, daß strenge Maßnahmen getroffen worden seien, die in Zukunft ähnliche Exzesse unmöglich machen würden. Eine analoge Erklärung erhielt die jüdische Delegation von dem Regierungskommissar Radolfski. Gestern erschien ein Aufruf an die polnische akademische Jugend, der von sieben Verbänden der akademischen fortschrittlich-demokratischen Jugend unterzeichnet war und gegen die neuerlichen chauvinistischen Exzesse protestierte.

Die nationaldemokratische akademische Jugend hat die Eingänge zur Universität besetzt und läßt lediglich Professoren und Assistenten in das Innere. Die Universitätsbehörden verhalten sich abwartend und enthalten sich jeglicher Intervention; sie warten die Änderung der Haltung der akademischen Jugend ab. Heute soll ein höherer Ministerialbeamter in Lemberg eintreffen, um die Begleitumstände zu untersuchen, die den Exzessen vorangegangen waren.

## Ablehnung der russischen Intervention.

**Keine Note, sondern nur ein mündlicher Protest.**

Warschau, 6. Juni. Nach der sowjetrussischen „Tas“-Agentur brachten wir gestern die Meldung, daß der sowjetrussische Gesandte Bogomolow dem Außenministerium eine Verbalnote überreicht habe, in der dagegen protestiert wird, daß polnische offizielle Faktoren an der aus Anlaß der Zehnjährfeier der Unabhängigkeit Grusien stattgefundenen Festversammlung der grusinischen Emigranten und dann an einem Trauergottesdienst für Peiljura in Warschau und Luck teilgenommen hätten. Der Regierungspresse zufolge wurde aber eine Note im Außenministerium nicht überreicht. Der Sowjetgesandte Bogomolow hat lediglich einen mündlichen Protest eingelegt, der durch den Vizeminister Wysocki mit der Begründung kategorisch abgelehnt wurde, daß es sich hier um eine unzulässige Einmischung in innere polnische Angelegenheiten handle.

Im Zusammenhange damit erinnert die Regierungspresse daran, daß Polen als erster Staat vor zehn Jahren die Unabhängigkeit Grusien anerkannt und seinen Vertreter Filipowicz nach Tiflis entsandt hatte. Nach der Eroberung von Tiflis durch die sowjetrussischen Truppen wurde der Gesandte Filipowicz von den Bolschewisten verhaftet und entgegen jeglichem Recht nach Moskau geschickt. Was den feierlichen Gottesdienst zu Ehren Peiljuras betrifft, so sei es bekannt, daß er polnischer Verbündeter war und daß Maršall Piłsudski mit ihm ein Militärbündnis abgeschlossen hatte. Die Teilnahme von Vertretern polnischer Behörden an der Trauerfeier sei daher durchaus verständlich gewesen.

## Bulkane speien Feuer.

**In Italien . . .**

Neapel, 6. Juni. Im Laufe der gestrigen Nacht hatte die Auswurfstätigkeit des Vesuv eine solche Stärke erreicht, daß man sich entschloß, das Dorf Tercigno vollständig zu räumen. Die ersten Häuser des Dorfes waren bereits von den Lavamassen erreicht. Unterdessen hat die Eruptionstätigkeit nachgelassen und man hofft, daß in der nächsten Zeit mit Auswürfen nicht mehr zu rechnen ist.

**. . . und in Argentinien.**

Buenos Aires, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Prensa“ meldet, ist im argentinischen Erdbebengebiet der Vulkan El Nevado, der seit Jahren als erloschen galt, wieder in Tätigkeit getreten. Man fürchtet, daß die Feuerargen, die von ungeheurer Größe sind, die alten Lavamassen zum Schmelzen bringen werden. Es ist bemerkenswert, daß der El Nevado seine Auswurfstätigkeit zu der gleichen Zeit begann wie der Vesuv.

In der Erdbebzone von Villa Atuel tritt neuerdings kochendes Schwefelwasser zutage. In San Rafael, das von dem Erdbeben ziemlich verschont geblieben ist, hat sich in der Nähe des Hospitals eine unterirdische Grotte geöffnet, die das Hospital zum Einsturz zu bringen droht.

## Die Opfer des persischen Erdbebens.

London, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer offiziellen Mitteilung der persischen Regierung hat das letzte Erdbeben in Kharasan folgende Opfer gefordert: 3253 Tote, 1121 Verletzte und hat ferner 24 Dörfer vollständig zerstört.

## Schwere Explosionskatastrophen.

**In Rußland.**

Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden auf der Eisengießerei Rykow bei Artemow bei der Explosion eines Hochofens 13 Arbeiter, ein Ingenieur und ein Meister von dem flüssigen Eisen verbrannt. Zwei von ihnen sind tot, die anderen zum Teil schwer verletzt. Nach den ersten Feststellungen ist die Katastrophe dadurch hervorgerufen worden, daß der Ingenieur und der Meister, die beide erst kurze Zeit den Hochofen leiteten, in der Bedienung noch nicht genügend Erfahrung hatten.

**In Italien.**

Mailand, 5. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In Spilimbergo ereignete sich eine Explosion in einem Munitionslager, wobei 12 Arbeiter getötet und 11 schwer verletzt wurden.







und sein Sohn Jan in den Anlagenzustand versetzt. Den beiden ersten Angeklagten wird Brandstiftung vorgeworfen, den beiden anderen Angeklagten Verleitung zur Brandstiftung. Die Angeklagten bestreiten die Tat, doch sollen nach den Zeugnisaussagen die beiden Töchter des nachst mit einem Arbeiter allein im Hause gewesen sein. Die erste Angeklagte gibt an, des nachts habe der Hund angeklagen, worauf sie den Arbeiter geweckt habe. Als sie über den Hof ging, habe es noch nicht gebrannt; etwa zwei Minuten später standen aber dann Scheune und Stall in hellen Flammen. Aus den Zeugnisaussagen, die zum Teil einander widersprechen, geht hervor, daß der angeklagte Vater einem Bekannten gegen Entlohnung angeboten habe, die Besichtigung anzuführen, was Kapische bestritt. Die Wirtschaft ist 180 Morgen groß und war mit 25-30 000 Stroh verpackt. Als Entschädigung erhielt A. 15 000 Stroh. Der Staatsanwalt beantragte für die beiden ersten Angeklagten neun bzw. drei Monate Gefängnis, für Josef Kapische 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 1500 Stroh Geldstrafe, für Jan Kapische neun Monate Gefängnis. Das Gericht sprach die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei, da eine Schuld nicht zur Genüge nachgewiesen werden konnte. — Chauffeur Mrozek aus Schwornitz war ebenfalls wegen Brandstiftung angeklagt. Durch seine Unvorsichtigkeit soll ein Schuppen abgebrannt sein. Der Angeklagte bestritt die Tat. Nach kurzer Verhandlung sprach das Gericht den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

x. Zempelsburg (Sopólo), 5. Juni. Ein Schadenfeuer entstand am Montag, dem 3., abends gegen 9 Uhr auf dem Gehöft des Besitzers Stolz in Abbau Zempelsburg. Aus bisher noch ungeklärter Ursache war der mit Stroh gedeckte Schweinestall in Brand geraten und wurde völlig eingeäschert. Die darin befindlichen Schweine konnten vorher sämtlich gerettet werden, so daß die nach einer halben Stunde erschienene freiwillige Feuerwehr sich auf die Erhaltung der angrenzenden Wirtschaftsgebäude beschränken konnte. Der Brandschaden ist durch Versicherung

gedeckt. — Einem abgefeimten Taschendieb zum Opfer gefallen ist während eines Besuchs der Landesausstellung in Posen der hiesige Farrgutspächter Czarniecki-Zempelsburg. Nach Befichtigung der Ausstellung vermisste er auf dem Wege zu seinem Hotel plötzlich seine Brieftasche und mußte die Wahrnehmung machen, daß ihm dieselbe durch einen Schnitt aus der Innentasche seines Jacketts von einem raffinierten Spitzbuben anscheinend im Gedränge gestohlen worden war. Die Brieftasche enthielt 400 Stroh in Bargeld sowie Ausweispassiere und Eintrittskarten für die nächsten Tage. — Ein am Montag und Dienstag dieser Woche hier niedergegangener Gewitterregen bei kühler Temperatur hat das Wachstum von Feld- und Gartenfrüchten eifrig gefördert. Dem Landmann wäre jetzt eine anhaltende warme Witterung sehr erwünscht.

\* Schmentau (Kreis Schwes), 5. Juni. Die verwaisete Gemeinde Schmentau feierte ihr 25jähriges Bestehen durch ein Kreis-Gustav-Adolf-Fest. Aus dem ganzen Kirchenkreis waren Gemeindeglieder erschienen, um der kleinen Gemeinde die Teilnahme zu bezeugen. Superintendent Morgenroth in Schwes sprach die Wünsche des ganzen Kirchenkreises aus. Mehrere andere Geistliche hielten Ansprachen. Der Kirchenchor aus Schwes unter Leitung der rührigen Pfarrfrau und der Posanenchor aus Waldau verschönten das Fest mit Liedern. Von der Gemeinde wurde die Veranstaltung als wertvolle Glaubensstärkung empfunden.

\* Vereine, Veranstaltungen etc.

Kreis Strassburg.

Der Geschäftsführer des Thorer Bureaus des Deutschen Wohlfahrtsbundes i. P. und des deutschen Abgeordneten Moritz hält seine Sprechtag am 1. Juni wie folgt ab: In Strassburg am 2. und 4. Montag jeden Monats (bei Herrn Klemmermeister Gieseler); in Lautenburg am 2. Donnerstag jeden Monats (im Pfarrhaus); in Gohlshausen am 4. Mittwoch jeden Monats (bei Herrn Rentier Karl Stoyke). (7543)

**Züricher Börse vom 5. Juni.** (Amtlich.) Warschau 58,25 New York 15,95, London 25,19, Paris 20,31, Wien 72,99, Prag 15,87, Italien 27,18, Belgien 72,12, Budapest 90,58, Seltengors 13,07, Sofia 3,75, Holland 203,65, Oslo 138,87, Kopenhagen 138,42, Stockholm 138,35, Spanien 72,00, Buenos Aires 2,17, Tokio 2,28, Bulgare 3,08, Athen 6,71, Berlin 123,50, Belgrad 9,12, Konstantinopel 2,47, Privatdiskont 5/16 pCt.

**Die Bank Volski** zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,86 Stk., do. H. Scheine 8,85 Stk., 1 Pfd. Sterling 43,07 Stk., 100 Schweizer Franken 170,96 Stk., 100 franz. Franken 34,73 Stk., 100 deutsche Mark 211,79 Stk., 100 Danziger Gulden 172,22 Stk., tschech. Krone 26,29 Stk., österr. Schilling 124,77 Stk.

**Atienmarkt.**

**Posener Börse vom 5. Juni.** Fest verändliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Stroh) 51,00, 5proz. Obligationen der Stadt Posen (100 Stroh) vom Jahre 1928 92,50, 5proz. Konvertierungsanleihe der Posener Landchaft (1 St.) 93,00, 4proz. Konvertierungsanleihe der Posener Landchaft (100 Stroh) 42,00, 5proz. Notierungen je Stück: 6proz. Roggenbr. der Posener Landchaft (1 St.) 25,75, 5proz. Tendenz unverändert. — Industrieaktien: Bank Volski 165,00, Centr. Anst. 105,00, Tendenz unverändert. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, \* = ohne Umsatz).

**Produktenmarkt.**

**Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 5. Juni.** Die Preise verstehen sich für 100 Rilo in Stroh frei Station Posen.

Richtpreise:

Weizen	40,00-41,00	Felderbien	—
Roggen	23,50-24,50	Vitoriaerbien	—
Mahlgerte	27,50-28,50	Folgererbien	—
Braugerle	—	Speielfackelfeln	—
Safer	24,00-25,00	Fabrikfackelfeln	—
Roggenmehl (65%)	—	Leinuchen	43,00-49,00
Roggenmehl (70%)	35,00	Serrabella	—
Weizenmehl (65%)	59,00-63,00	Blaue Lupinen	25,00-26,00
Weizenkleie	22,00-23,00	Gelbe Lupinen	32,00-34,00
Roggenkleie	19,50-20,50	Buchweizen	43,00-46,00
Rapsfuchen	40,00-41,00	Kartoffelflocken	—
Sommerweide	—	Sonnenblumenfuch	38,00-40,00
Beluchten	—	Sonachrot	41,00-43,00

Gesamtendenz: ruhig.

**Berliner Produktenbericht vom 5. Juni.** Getreide- und Deliaaten für 1000 Rg., sonst für 100 Rg. in Goldmark: Weizen 207-208, Juli 222, September 235, Roggen m. 180-182, Juli 196, September 205, Gerste: Braugerste —, Futter- und Industrieerle 175-184, Safer m. 175-184, Juli —, bis —, September —, bis —, Weizenmehl 23,50-28, Roggenmehl 24,75-27, Weizenkleie 11,50, Roggenkleie 11,50, Vitoriaerbien 41-48, Kleine Speielerbien 28-34, Futtererbien 21-23, Beluch 25-26, Aderbohnen 22-24, Widen 27-30, Lupinen, b. 17,50-18,50, Lupinen, gelbe 23-25, Serrabella, alte —, Serrabella, neue 60-64, Rapsfuchen 18,50, Leinuchen 21,20-21,60, Frodenhühner 11,80, Sonachrot 18,20-19, Formelasse —, Kartoffelflocken 15,40-15,80.

**Butter.** Lemberg, 4. Juni. Bei großem Angebot Nachlassen der Butterpreise: für erstklassige Desperbutter wird im Großhandel 5,80-6, im Kleinhandel 6,20-6,40 pro Rg. gezahlt. — Lublin, 4. Juni. Molkereibutter 1. Sorte im Großhandel 7,20, im Kleinhandel 7,80; 2. Sorte im Großhandel 6,80, im Kleinhandel 7,40. Tendenz behauptet.

**Materialienmarkt.**

**Berliner Metallbörse vom 5. Juni.** Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolitkupfer (wirebars), prompt ctf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 170/171, Remalte-Plattensilber von handelsüblicher Beschaffenheit —, Originalhüttenaluminium 98/99%, in Blöden, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren 98/99, 194, Reinmetall 98-99, 350, Antimon-Regulus 72-77, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 71-72, Gold im Freiverkehr —, Platin —.

**Edelmetalle.** Berlin, 5. Juni. Silber in Stücken 900 für 1 Rg. 71-72, Mark, Gold (im freien Verkehr für 10 Gr.) 2,80 bis 2,82 Mark, Platin (im freien Verkehr) für 1 Gramm 8-10 Mark.

**Biehmarkt.**

**Schweine.** Warschau, 5. Juni. Die Notierungen betragen heute 2,50-2,90 Stroh pro Rilo. Auftrieb 1000 Stück. Tendenz schwach.

**Posener Viehmarkt vom 4. Juni.** (Amtlicher Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Es wurden aufgetrieben: 1014 Rinder (darunter 137 Ochsen, 242 Bullen, 635 Kühe und Färsen), 2482 Schweine, 508 Kälber und 207 Schafe, — Ferkel, zusammen 4211 Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht in Stroh (Preislof Viehmarkt Posen mit Handelstücken):

Rinder: Ochsen: vollfleischig, ausgem. Ochsen von höchstem Schlachtgew., nicht angep., 164-168, vollf., ausgem. Ochsen von 4-7 J., 148-154, junge, fleischig, nicht ausgemästete u. ältere ausgemästete —, mählig genährte junge, gut genährte ältere — bis —, Bullen: vollfleischig, ausgewachsene von höchstem Schlachtgew., 156-162, vollfleischig, jüngere 144-152, mählig genährte jüngere und gut genährte ältere 128-134, — Färsen und Kälber: vollfleischig, ausgemäst., Färsen von höchstem Schlachtgew., 156-160, vollfleischig, ausgem. Kühe von höchstem Schlachtgew., bis 7 Jahre 144-150, ältere ausgemästete Kühe und weniger gute junge Kühe und Färsen 130-136, mählig genährte Kühe und Färsen 104-101, schlecht genährte Kühe u. Färsen 70-80, (schlecht genährtes Jungvieh (Bielfrage) —).

Kälber: bestes Maitvieh (Doppellender) — bis —, beste, gemästete Kälber 190-156, mittelm., gemästete Kälber und Säuger besser Sorte 166-170, wenig, gem. Kälber u. gute Säuger 140-150, minderwertige Säuger 120-120.

Schafe: Stallschafe: Mastlamm und jüngere Masthammel 146-156, ältere Masthammel, mählig Mastlamm und gut genährte junge Schafe 126-136, mählig genährte Hammel und Schafe —.

Schweine: Gemästete über 150 Kilogramm Lebendgewicht, 240-246, vollf., von 120-150 Kilogramm Lebendgewicht 232-238, vollfleischig von 100-120 Kilogramm Lebendgewicht 224-228, volle fleischig von 80-100 Kilogramm Lebendgew. 216-220, fleischig Schweine von mehr als 80 Kilogr. Lebendgew. 200-210, Sauen und iate Rastrate 190-196.

Marktverlauf war normal.

**Berliner Viehmarkt vom 4. Juni.** (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 1018 Rinder, darunter 232 Ochsen, 274 Bullen, 512 Kühe und Färsen, 2600 Kälber, 5379 Schafe, 976 zum Schlachthof 10 651 Schweine, 1804 zum Schlachthof seit letztem Viehmarkt, 400 Auslandschweine.

Man zahlte für 1 Pfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollf., ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere 58-61, b) vollfleischig, ausgemästete höchsten Schlachtw., im Alter von 4 bis 7 Jahren 54-56, c) junge, fleischig, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 43-52, d) mählig genährte jüngere und gut genährte ältere 40-46, Bullen: a) vollfleischig, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 53-55, b) vollfleischig jüngere höchsten Schlachtwertes 50-52, c) mählig genährte jüngere und gut genährte ältere 48-49, d) gering genährte 46-47, Kühe: a) jüngere vollfleischig höchsten Schlachtwertes 44-48, b) sonstige vollfleischig oder ausgem. 36-42, c) fleischig 30-31, d) gering genährte 23-27, Färsen (Rabbinen): a) vollfleischig, ausgemästete höchsten Schlachtwert 53-56, b) vollfleischig 48-51, c) fleischig 42-46, Ferkel: 40-48.

Kälber: a) Doppellender feinsten Mast —, b) feinsten Mastkälber 58-88, c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber 62-75, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 50-60.

Schafe: a) Mastlamm u. jüngere Masthammel: 1. Weidemast —, 2. Stallmast 65-68, b) mittlere Mastlamm, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 60-64, c) fleischiges Schafvieh 50-55, d) gering genährtes Schafvieh 52-53.

Schweine: a) Ferkel über 3 Jtr. Lebendgewicht — b) vollf., von 240-300 Pfd. Lebendgew. 75-76, c) vollfleischig, von 200 bis 240 Pfd. Lebendgew. 75-76, d) vollfleischig von 160-200 Pfd. 73-75, e) 120-160 Pfd. Lebendgew. 72-73, f) vollf., unter 120 Pfd. —, g) Sauen 63-70, — Ferkel: —.

Vieh und Fleisch. Wolski, 8. Juni. Vom 27. bis 31. Mai wurden aufgetrieben: 121 Bullen, 101 Ochsen, 610 Kühe, 70 Färsen, 56 Kälber, 20 Schafe, 800 Schweine, zusammen 1687 Stück. Gezahlt wurden pro Rg. Lebendgewicht: Bullen: 1,56-1,60, Kühe 1,45-1,52, Färsen 1,45-1,52, Schweine: a) 2,85-3,10, b) 2,80 bis 2,84, c) 2,80-2,89, d) 2,20-2,29. Marktverlauf selbst bei beständiger Tendenz. — Prag, 3. Juni. In den Verkaufsbuden Prag VII wurden pro Rg. Schlachtgewicht einfach. Steuer gezahlt: poln. Kälber 10-14, poln. Schweine 15-16,25, ukrainische 11, tschechische 15,70; Preise pro Rg. Lebendgewicht: polnische Schweine 10,70-11,80. Verlaufs gut.

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Die Oberschlesische Montanunion.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe meldeten, haben die G.-B. der Kattowitzer A.-G. und der Silesia-Hütte die Fusionsverträge mit der Bismarckhütte genehmigt. Wie die „Voss. Zig.“ zu berichten weiß, wird das Vermögen der beiden Gesellschaften als Ganzes auf die Bismarckhütte unter Ausschluß der Liquidation übertragen gegen Gewährung von Aktien der aufzunehmenden Gesellschaft. Die beiden Gesellschaften haben sich mit dem gleichen Tage aufgelöst und gelangen zur Auflösung im Handelsregister. Von den 40 Millionen Stroh Aktienkapital waren 35 507 900 vertreten. In der anschließenden G.-B. der Bismarckhütte wurden die Fusionsverträge ebenfalls genehmigt.

Zur Durchführung der Fusion wird eine Kapitalserhöhung um 49,3 Millionen Stroh vorgenommen, so daß das Kapital der Bismarckhütte von bisher 51 auf 100,30 Millionen Stroh erhöht wird. Den alten Aktionären der Kattowitzer A.-G. werden im Verhältnis 1:1 Aktien der Bismarckhütte gewährt, und zwar derart, daß auf je 2 Kattowitzer Bergbauaktien zu 400 Stroh eine Bismarckhütteaktie zu 680 Stroh entfällt; auf 2 Aktien der Silesia zu 450 Stroh wird eine Bismarckhütteaktie zu 680 Stroh gewährt. Im Zusammenhang damit wurden die entsprechenden Satzungsänderungen beschlossen. Ferner wird die Firma der Bismarckhütte gelöscht. Nach Eintragung der Kapitalserhöhung und Durchführung der Fusion nimmt die Bismarckhütte die Firma der aufgelösten Kattowitzer A.-G. an und verlegt ihren Sitz nach Kattowitz.

Der bisherige Generaldirektor der Kattowitzer A.-G., Geh. Rat Dr. Williger, tritt als Vorsitzender in den Vorstand der Bismarckhütte ein. Die große Sensation brachten die Aufsichtsratswahlen. Es wurden in den Aufsichtsrat wiedergewählt: Bankier Heinrich v. Stein (Köln), Bankier Jak. Goldschmidt, Bankier G. Guttmann (Berlin). Auf Antrag der amerikanischen Gruppe wurden sodann neu in den Aufsichtsrat gewählt Herr Averell Harriman (New York), Vizepräsident Irving Koffi (New York), der europäische Vertreter des Harriman-Konzerns, ferner Dr. Eugène Lubowitsch (Paris), Fürst Janusz Radziwill (Warschau), Minister Spilowski (Warschau), Bismarckhütte des polnischen Senats (Warschau) und Dr. Antoni Wieniawski (Warschau). Außerdem wurden von der Königs-Lauragruppe neu hinzugewählt Präsident Joseph v. Spilowski (Posen), Generaldirektor Dr. Friedrich Fild (Berlin), Herr Fritz Weinmann (Aussig), Bankier Dr. Paul v. Schwabach (Berlin).

Vor den Versammlungen wurde von den Aufsichtsräten vor allem die Eingehung der Interessengemeinschaft mit der Vereinigten Königs- und Laurahütte besprochen. Der Vertrag ist noch nicht perfektuiert, aber soweit vorbereitet, daß er vermutlich bei der nächsten Annahmefest des Vizepräsidenten Koffi in Kattowitz im Laufe der nächsten Woche endgültig zustande gebracht werden wird. Die außerordentlich starke Verrückung der amerikanischen Gruppe in dem Aufsichtsrat der neuen fusionierten Gesellschaft zeigt, daß die Harriman-Gruppe schon in den letzten Monaten ganz erhebliche Aktienkäufe vorgenommen haben muß. Auch bei Lauritz ist die Harriman-Gruppe sehr stark beteiligt. Die bisherigen Majoritätsbesitzer der Lauritz und der Kattowitzer A.-G. haben also den größten Teil ihrer Pakete in amerikanische Hände gegeben.

Nach Abschluß der Fusion wird nunmehr eine Holdinggesellschaft in New York gegründet werden zwecks Finanzierung und Kontrolle der ober-schlesischen Werke. Diese soll, wie schon angekündigt, eine Obligationen-Anleihe ausgeben, über deren Zeitpunkt allerdings infolge der augenblicklichen Verunsicherung des amerikanischen Geldmarktes noch nichts Genaues festliegt.

## Die Notwendigkeit der Ansammlung von Kapitalen und Reserven.

Warschau, 4. Juni. Soeben ist der ganze Bericht des Finanzberaters und Ratmitgliedes der Bank von Polen, Charles E. Dewey, über den Stabilisierungsplan für das erste Quartal dieses Jahres im Druck erschienen. Der Bericht setzt sich aus drei Teilen zusammen und zwar: 1. Ausführung des Stabilisierungsplanes, 2. öffentliche Investitionen und Privatreserven und 3. Wirtschaftslage.

Bei der Behandlung der Frage der Budget- und Finanzanordnungen betont Dewey, daß das am 31. März 1929 zu Ende gegangene Budgetjahr für den Staatsschatz günstig gewesen ist. Denn die Gesamtsumme der Einnahmen betrug 3 008 643 000 Stroh, die Ausgaben aber 2 808 448 000 Stroh; es blieb somit ein Überschuß von 200 195 000 Stroh. Dies ist ein weit besseres Ergebnis, als es erwartet wurde, zumal man nur einen Überschuß von 126 800 000 Stroh erhofft hatte. Sämtliche Einnahmequellen waren ergebiger als man erwartete. Die gesamten Steuereinkünfte betrugen 1 787 815 000 Stroh. Die Einkünfte an Zinsen stiegen dank dem neuen Tarif verhältnismäßig schneller als die Einfuhr von Auslandswaren. Trotzdem man höhere Zölle einfuhrte, stieg aber der Wert der eingeführten Waren bedeutend.

Auf die Wirtschaftslage Polens eingehend unterrichtet Dewey, daß das erste Quartal 1929 sich durch einen Rückschritt in der wirtschaftlichen Aktivität im Vergleich zu dem Ende des vorigen Jahres erreichten Niveau auszeichnete. Dieser Rückschritt wurde noch vertieft durch die strengen Fröste sowie die Schneefälle des langen Winters, und jetzt werden viele Wochen dazu nötig sein, um den früheren Stand wieder zu erlangen. Die Landwirtschaft hat jedoch verhältnismäßig nicht viel gelitten, da die Winterfröste heil geblieben sind und das Gebiet der Weizen-Ansaat nach Angaben des statistischen Amtes um 1,1 Prozent, das der Roggenansaat aber um 2,2 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahre gestiegen ist. Die Lage in der Industrie stellt sich im allgemeinen ziemlich günstig dar, obwohl ein gewisser Rückschritt gegenüber dem Ende des vorigen Jahres fühlbar ist. Schwierigkeiten macht die Bauindustrie durch, und infolgedessen hat sich der Verkauf von Stahl und Eisen verringert, so daß sich die Bestellungen im Februar gegenüber dem Januar um 50 Prozent verringerten. Im Großhandel herrscht Stillstand. Die Zahl der in der Baumwoll- und Wolllindustrie beschäftigten Arbeiter ist größer als im vergangenen Jahre, jedoch noch zu schwach; diese Industrie kämpft ebenfalls mit Schwierigkeiten bei

der Einziehung ihrer Forderungen. Die Ausfuhr nach dem Auslande hat im ersten Quartal gegenüber demselben Zeitabschnitt des vorigen Jahres eine Verringerung erfahren. Die Einfuhr von fremden Waren aber stieg verhältnismäßig, überschritt jedoch nicht die in demselben Zeitabschnitt des vorigen Jahres nachgewiesenen Zahlen.

Die Gesamterhältnisse, stellt Herr Dewey fest, gestalten sich unter dem Einfluß des ungewöhnlich harten Winters. Da aber die inländische Industrie infolge der Notwendigkeit des Wiederaufbaues mehr Zeit noch die Möglichkeit hatte, Umsatzaufkapital und Reserven anzuhäufeln, so mußten die Unterbrechung im Verkehr oder der Stillstand im Absatz, eine Folge des Winters, ein unverzügliches Anzeichen des Zinsfußes sowie ein Steigen der Zahl der protestierten Wechsel zur Folge haben. Solche Folgen sind ungemein kostspielig für jede Produktion, sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie. Es gibt daher nur einen Weg, so schnell der Bericht, zur Lösung des Problems und das ist der Weg der Ansammlung von Umsatzaufkapital und Reserven.

**Das Projekt der Bildung eines Staatsvorsitzes.** Warschau, 5. Juni. Das Post- und Telegraphen-Ministerium ist gegenwärtig mit dem Studium eines Antrages der industriellen Verbände West- und Südpolens auf Bildung eines Staatsvorsitzes beschäftigt. Es besteht die Absicht, sich an Deutschland zu wenden, wo eine solche Institution bereits bestehen soll. Das polnische Projekt soll sich auf die betreffenden deutschen Bestimmungen stützen.

**Finanzierung des deutsch-russischen Handels durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika.** Wie „New York Herald“ aus gut informierten und maßgebenden Quellen erfährt, führen amerikanische Banken mit deutschen Banken einerseits Verhandlungen, während andererseits dieselben deutschen Banken mit der Sowjetregierung über die Gewährung von Handelskrediten für Sowjetrußland unterhandeln. Sofern die deutsch-russischen Verhandlungen ein positives Ergebnis zeitigen, erhält Deutschland, dem New Yorker Blatt zufolge, in New York einen Kredit von 100 Millionen Dollar, der die Grundlage zur Erweiterung der Handelskreditaktion Deutschlands und Sowjetrußlands bilden soll. Das zwischen Moskau und Berlin abzuschließende Abkommen wird auf den Betrag von 500 Millionen Mark für die Dauer von sieben bis neun Jahren lauten. Den Betrag wird die Reichsregierung bis zur Höhe von 70 Prozent garantieren.

**Reford der polnischen Kohlenausfuhr.** Die Verladung von Exportkohle in den Häfen Gdingen und Danzig hat im Mai d. J. eine bis jetzt nicht notierte Refordzahl erreicht, und zwar 778 900 Tonnen. Die größte Kohlenmenge wurde am 29. Mai mit 83 233 Tonnen verladen.

## Geldmarkt.

**Der Wert für ein Gramm reinen Goldes** wurde gemäß Verfüzung im „Monitor Volski“ für den 6. Juni auf 5,9244 Stroh festgelegt.

**Der Stroh am 5. Juni.** Danzig: Ueberweisung 57,77 bis 57,91, bar 57,80-57,94. Berlin: Ueberweisung Warschau 46,925 bis 47,125, Kattowich 46,90-47,10, Polen 46,90-47,10, bar gr. 46,72 bis 47,12, Zürich: Ueberweisung 58,25. New York: Ueberweisung 11,25. Bulgare: Ueberweisung 18,75. Budapest: 64,10-64,40. Prag: 378. Prag: 378, Mailand: Ueberweisung 214/2.

**Warschauer Börse vom 5. Juni.** Umsätze, Verkauf — Kauf, Belgien 123,92, 124,23, 123,61, Belgard —, Budapest —, Bulgare —, Seltengors —, Spanien —, Holland —, Japan —, Konstantinopel 237,52, 238, 236,92, Kopenhagen —, London —, 43,35 — 43,14 (Transit) 43,24, — 43,24, New York —, Oslo —, Paris 34,85, 34,95 — 34,78, Prag 26,40, 26,46 — 26,34, Riga —, Schweiz 171,65, 172,00 — 171,22, Stockholm 238,42, 239,02 — 237,82, Wien 125,27, 125,58, 124,96, Italien 46,67, 46,79 — 46,55.

**Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 5. Juni.** In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London 25,01/2, Gd., 25,01/2, Br., New York —, Gd., — Br., Berlin —, Gd., — Br., Warschau 57,80 Gd., 57,94 Br., Noten: London —, Gd., — Br., Berlin —, Gd., — Br., New York —, Gd., — Br., Holland —, Gd., — Br., Zürich —, Gd., — Br., Brüssel —, Gd., — Br., Warschau —, Gd., — Br.

## Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskont.	Lage	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
			5. Juni	Brief	4. Juni	Brief
			Geld	Brief	Geld	Brief
		Buenos-Aires 1 Bel.	1,755	1,759	1,755	1,759
		Canada . . . 1 Dollar	4,155	4,163	4,159	4,166
5,48%		Japan . . . 1 Yen.	1,833	1,839	1,855	1,842
		Kairo . . . 1 äq. Pfd.	20,84	20,88	—	—
		Konstantin 1 tr. Wld.	1,990	1,994	—	—
5,5%		London 1 Pfd. Ster.	20,316	20,356	20,316	20,356
5%		New York . . . 1 Dollar	4,1965	4,1985	4,1900	4,1980
		Riode Janeiro 1 Milir.	0,4365	0,4385	0,436	0,438
		Uruguay 1 Goldpel.	4,056	4,064	4,166	4,074
5,5%		Amsterdam . 100 fl.	168,25	168,59	168,21	168,55
9%		Athen . . . 100 Dr.	5,435	5,445	—	—
4%		Brüssel-Anst. 100 fr.	58,15	58,27	58,17	58,29
6%		Danzig . . . 100 Gul.	81,22	81,36	81,19	81,35
7%		Seltengors . . . 100 fl.	10,527	10,547	10,525	10,545
7%		Italien . . . 100 Lira.	21,93	21,97	21,92	21,96
7%		Quasolavien 100 Din.	7,359	7,373	7,359	7,373
5%		Kopenhagen 100 Kr.	111,59	111,81	111,59	111,81
8%		Lissabon . . . 100 Esc.	18,73	18,77	18,73	18,77
5,5%		Oslo-Christ. 100 Kr.	111,61	111,83	111,60	111,82
3,5%		Paris . . . 100 fr.	16,375	16,415	16,375	16,415
5%		Prag . . . 100 Kr.	12,438	12,426	12,409	12,424
3,5%		Schweiz . . . 100 fr.	80,625	80,785	80,64	80,80
9%		Sofia . . . 100 Leva	3,032	3,033	3,032	3,033
5,5%		Spanien . . . 100 Pes.	57,54	57,66	—	—
4,5%		Stockholm . 100 Kr.	111,99	112,21	111,99	112,21
7,5%		Wien . . . 100 Kr.	53,86	53,93	53,85	53,97
8%		Budapest . . . Pengö	73,02	73,16	73,02	73,16
9%		Warschau . . 100 St.	46,92	47,12	46,90	47,10



## Generalkirchenvisitation im Kirchentreife Neutomischel.

III.

Die erste der Gemeinden des Kirchentrefes Neutomischel, die von der Generalkirchenvisitation nach dem Eröffnungsgottesdienste in Neutomischel besucht wurde, war die Kirchengemeinde Sontop.

Die Kommission fuhr dorthin am Freitag Morgen durch die liebliche malenrüne Landschaft. Der Ort selbst, im Gegensatz zu der hier sonst vielfach üblichen Siedlungsform der Hauländer, etwa 1785 als statliche, geschlossene Dorfanlage entstanden, war auf festliche mit Girlanden geschmückt. Die Kirchengemeinde, 1904 gegründet, zählt gegenwärtig 911 Seelen. Die 1908 erbaute schmucke Kirche liegt inmitten des Dorfes, schön eingebettet in den großen Kirchplatz, der vom Pfarrhaus und Gemeindegarten und hübschen Strassenzeilen umrahmt wird. Der Dorfpfarrer Tauber (jun.) hielt die Eingangskirch, darauf die Predigt über das Wort des Propheten Micha (6 V. 8), in der er der Gemeinde zeigte, daß Gott in seinem Gesez unbefangene Forderungen an den Menschen zu stellen hat, sein Wort zu befolgen, Liebe zu üben und demütig zu sein. In seiner Visitationsansprache grüßte Generalsuperintendent D. Blau die Gemeinde, die zahlreich erschienen war, mit dem Segenswunsch der Gesamtkirche und führte sie vor den Grund, auf dem sich Gottes Gnadenoffenbarung in den 10 Geboten aufbaut: Das „Ich bin“ der Wirklichkeit Gottes und die damit verbundene göttliche Forderung des „Du sollst“ an den Menschen. Darauf sammelte Superintendenturverweser Pfarrer Hemmerling eine stattliche Schar konfirmander Jugend, darunter die Mitglieder des Jungmädchenvereins vor dem Altar zu einer Unterredung und führte ihr vor Augen, daß der jugendliche Mensch bei all seinem verständlichen Drang, selbständig zu werden, doch nie die heilige Ordnung göttlicher Geseze verletzen dürfe. Zum Schluß betonte Pfarrer Horst in einer nur mit den Hauskeltern abgehaltenen Besprechung, daß Zweck und Ziel allen Gebieten und Verbieten in der Erziehung der Kinder niemals elterliche Selbstsucht, sondern nur die selbstlose christliche Liebe sein müsse.

Einige Mitglieder der Kommission besuchten noch den Friedhof, andere die evangelische Schule des Ortes und empfingen erquickliche Eindrücke evangelischen kirchlichen Lebens. Auch zwei über 90 Jahre alten Gemeindeglieder wurde der Gruß der Kirchenvisitation persönlich ins Haus gebracht. Ein Festmahl im Gemeindegarten und eine Kaffeetafel im Pfarrhaus vereinigten die Kommission, die Pfarrfamilie und die Mitglieder der kirchlichen Körperschaften und gab Gelegenheit zur Aussprache über die empfangenen Eindrücke. Möchte Gottes Wort in seiner heilsamen Ordnung die Gemeinde weiterführen.

Der Sonntagsvormittag führte mehrere Kommissionsmitglieder in die Schulen von Neutomischel selbst und in die Umgegend der Stadt, nach Paprotsch, Friedenwalde, Scherlanke, Glinau und Königsfelde. Auf sonst vielfach über die mangelhaften Kenntnisse der Kinder in der Religion geklagt werden, in diesen Schulen hatte die Kommission fast überall einen sehr guten Eindruck vom Wissen der Schüler erhalten, ja besonders in den Schulen von Neutomischel selbst konnten auch Anforderungen an die Denkfähigkeit gestellt werden.

Gelegentlich der Schulfahrten wurden auch die Friedhöfe besucht, die ja zumeist in kommunaler Verwaltung sich befinden, aber überall in guter Ordnung waren. Es ist ja eine liebe Ehrenpflicht, die Grabstätten unserer teuren Entschlafenen im würdigen Zustand zu erhalten.

Freilich sollen unsere Friedhöfe auch zugleich ein Bekenntnis unseres christlichen Ewigkeitsglaubens sein, — gerade der Macht des Todes gegenüber. Dies kommt nicht immer bei den Grabinschriften zur Geltung. Manche reden nur vom Sterben und Vergehen; Christen aber dürfen auch an Gräbern wissen: Christus ist mein Leben!

Es wird gut sein, sich, ehe man eine Grabinschrift anbringen läßt, mit dem Dorfpfarrer in Verbindung zu setzen, der gerne passende Bibelsprüche oder Liederverse ausfinden wird.

Der Nachmittag zeigte noch ein herzerquickendes Bild. Vom Pfarrhofe aus bewegte sich ein langer Zug unter den Klängen eines Posaunenchores zur Kirche. An der Spitze schritten die Kommissionsmitglieder und dann folgte die Jugend, die zu einer besonderen Jugendfeier in die Kirche eingeladen war.

Wie zahlreich waren sie gekommen. Von nah und fern! Etwa 130 junge Männer und 400 junge Mädchen, letztere mit Kränzen im Haar geschmückt. Unter dem Gesang des Liedes „Schmückt das Fest mit Maie“ bekränzten einige Mädchen den Altar und zündeten Kerzen an.

Pastor Schulze aus Exin erläuterte in der Besprechung mit der Jugend die Geschichte vom reichen Jüngling. Es gibt für einen jeden Hindernisse, zum Heiland zu kommen — aber diese müssen überwunden werden. „Daß ich Jesum gewinne, dies ist die Not.“

Daran schloß Pastor Schack aus Zabikow die Mahnung an die Jugend, frisch zu sein und zu bleiben, indem sie sich in der Kraft Gottes Reiz und Seele rein erhalten möge.

Gott wolle reiche Frucht auch aus dem hier ausgefreuten Samen erwachsen lassen.

Am Abend wurden noch allerlei wichtige, die Gemeinde Neutomischel bewegende Fragen in einer Sitzung des Gemeindeführerrates unter Vorsitz des Generalsuperintendenten besprochen.

weiße Schnee für die erheblich längeren Wellen der „Wärme“ so stark strahlt wie ein schwarzer Körper. Diesem vollkommenen Widerspruch ist der Hauptteil der Tragödie dieses Winters zuzuschreiben. Daß die Ausstrahlung so ungeheure Dimensionen annehmen konnte, hängt damit zusammen, daß die Zirkulation der warmen Luft aus den Tropen und der kalten aus dem Polargebiet in diesem Winter außergewöhnlich „vereinfacht“ worden war. Während wir sonst drei oder vier Zirkulationslinien festzustellen haben, waren diesmal nur zwei zu erkennen, die Kaltströmungen von Norden her über Europa-Asien und Nordamerika sowie zwei Warmströmungen über dem Atlantischen und Stillen Ozean. Durch diese Vereinfachung der Zirkulation war das Herankommen der Tiefdruckgebiete vom Atlantik her, die uns sonst verhältnismäßig warme Tage im Winter und einen regnerischen Sommer zu bringen pflegen, erheblich beschränkt. Die ganze Nordhalbkugel der Erde hatte unter diesen Verhältnissen zu leiden.

Berücksichtigt man die sogenannte Erhaltungstendenz gewisser Wetterlagen, so besteht die Möglichkeit, daß die bisherige große Stille, nach der wir eigentlich auf einen kalten Winter einen kühlen und nassen Sommer erwarten sollten, hier einmal durchbrochen wird. Wird nämlich die Zirkulation überhaupt verringert, so bleibt das Strahlungswetter über Europa und Asien vorherrschend. Das heißt, die Ursachen des programmäßig verregneten Sommers werden zurückgehalten, er könnte dann eher trocken und warm ausfallen. Die bisherige Statistik nimmt auf die Sonnenflecken keine Rücksicht, und es kann sich daher diesmal die alte Vermutung bewahrheiten, daß zur Zeit der Höchstwerte der Sonnenflecken Strahlungswetter überwiegt. Einen Beweis dafür lieferte z. B. der warme Sommer 1917 nach dem recht kalten Winter 1916/17.

In dem eben angedeuteten Sinne hat sich der französische Astronom Abbé Moreux, der auch den strengen Winter dieses Jahres schon im vorigen Herbst vorhergesagt, geäußert; er vertritt durchaus die Meinung, daß der kommende Sommer wärmer als gewöhnlich zu werden verspricht. Leider wissen wir aber über die Einwirkung des Sonnenwetters auf das Erdwetter noch nicht genau genug Bescheid, um dieser Meinung kritisch näherzutreten zu können. Zu bedenken könnte der Umstand veranlassen, daß der Höchstwert der Sonnenprotuberanzen, die vielleicht noch wichtiger sind als die Flecke, zwar 1917 mit dem der Flecken zusammenfiel, aber diesmal schon auf 1926, also zwei Jahre vor dem Sonnenflecken-Maximum. Jedenfalls läßt der Mai eine Tendenz zum Strahlungswetter deutlich erkennen. Hoffen wir, daß es für den Sommer vorhält.

§ Neuer Gesetzentwurf über den Bau billiger Wohnungen. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten ist an die Bearbeitung eines neuen Gesetzentwurfs über den Bau billiger Wohnungen herangetreten. Dieses Projekt soll sich auf ganz andere Grundlagen stützen, als das kürzlich von der Regierung aus dem Sejm zurückgezogene Gesetzesprojekt über die Unterbringung der Wohnungsbauarbeiten. Die Arbeiten an dem Projekt sollen vereinfacht und parallel mit den Arbeiten an den Projekten der Steuerreform durchgeführt werden, die sich im Finanzministerium in Bearbeitung befinden.

§ Staatsgebäude für Privatwohnungen. Die Hauptkommission des Staatsrats für den Ausbau der Städte hat beschlossen, zum Ausgleich der verringerten Zahl neu gebauter Wohnungen im laufenden Jahre für Wohnungen die Staatsgebäude herzugeben, die entweder leer stehen oder nicht entsprechend ausgenutzt werden. Das Problem, diese Gebäude auf dem Gebiete des ganzen Staates diesem Zwecke zuzuführen, prüft eine besondere ministerielle hierfür ins Leben gerufene Kommission. Gleichzeitig soll ein Bauinspektorat gebildet werden, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die bisherige Regierungskontrolle über die Bauarbeiten durch die Landeswirtschaftsbank ungenügend war. Dieses Inspektorat soll ein Organ der Landeswirtschaftsbank sein.

§ Pflicht der Hausbesitzer zur Instandhaltung der Gebäude. Das Oberste Gericht weist darauf hin, daß mit dem Augenblick des Inkrafttretens der Verordnung des Präsidiums der Republik vom 16. Februar 1928 über das Baurecht, also mit dem 5. Juni 1928, im Sinne des Art. 380, Teil 2 dieser Verordnung in solchen Fällen, wo der Hausbesitzer sich den Anordnungen der Behörden über die Ausführung von Arbeiten betr. Instandhaltung der Häuser in dem festgesetzten Termin nicht fügt, die Behörde ermächtigt wird, aus eigener Machtvollkommenheit die notwendigen Arbeiten auf Kosten des Hausbesitzers ausführen zu lassen.

§ Aufhebung der Steuer für ausländische Radiogeräte. Die Abnehmer von Radiogeräten ausländischer Herkunft mußten bisher eine 20prozentige Steuer vom Preis der erstandenen Waren zahlen, die vom Verkäufer einzufassen war, ohne daß ihnen von der Steuerverwaltung irgend eine Entschädigung für die Einziehung dieser Abgabe geleistet worden ist. Nach Einreichung von zahlreichen Denkschriften in dieser Angelegenheit, die zu keinem Ziele führten, haben die Labenhaber von Radiogeräten beschlossen, die Steuer nicht mehr einzufassen. Die Angelegenheit liegt gegenwärtig dem Ministerrat zur Entscheidung vor, der, wie die „Gaz. Handl.“ erfahren haben will, aller Voraussicht nach dem Antrage der Radiohändler stattgeben und die Steuer auf ausländische Radioapparate und Geräte aufheben wird.

§ „Dem Schutz der Öffentlichkeit empfohlen!“ Im vergangenen Jahre hatte die Polizeiverwaltung wie in der Vorkriegszeit Rettungsgeschäftsstellen an zehn verschiedenen Stellen der Stadt angebracht und sie dem Schutz der Öffentlichkeit empfohlen. Infolge der leider immer wiederkehrenden Diebstähle, wobei einzelne Teile der Rettungsgeschäftsstellen gestohlen wurden, sieht sich nun das Städtische Amt für Sicherheit und Ordnung gezwungen, die Rettungsgeschäftsstellen wie Rettungsringe, Leitern und Tafeln sowie die Holztafeln vollständig abzunehmen und sie bis zu der Zeit zu verwahren, ab die Nachkriegsgewohnheiten wieder normalen Verhältnissen Platz gemacht haben, wie sie vor dem Kriege üblich waren. Auf Grund der Angaben des Amtes für Sicherheit und Ordnung wurden folgende Diebstähle verübt: Am 19. 10. 1928 wurden fünf Leitern in Länge von 5 Meter von verschiedenen Brücken gestohlen; am 8. 11. 1928 wurden die neu aufgehängten Leitern abermals entwendet und an zwei Stellen die Rettungsvorrichtungen zerlegt und beschlagnahmt; am 24. 11. 1928 wurden drei Tafeln mit Rettungsvorrichtungen abgerissen und beschädigt, am 22. 5. 1929 wurden wieder acht Rettungsgeschäftsstellen gestohlen, ferner drei Tafeln mit den Rettungsvorrichtungen abgerissen und vernichtet, die restlichen Tafeln beschädigt, schließlich wurden noch zwei Tafeln, die in der Baracke vor dem Polizeiamt angebracht waren, vollständig zerstört. — Die Erbitterung der Behörde ist verständlich; aber die Beseitigung der Rettungsgeschäftsstellen muß bedauert werden, da darunter nicht die Diebe, sondern die Allgemeinheit leiden muß. Und schließlich ist es Aufgabe des Amtes für Sicherheit und Ordnung, für die Sicherheit — auch der Rettungsgeschäftsstellen zu sorgen.

§ Überfahren wurde in der Friedrichstraße (Długa) die 22jährige, in der Wollstraße (Cieżykowskiego) 12 wohnhafte Elsa Kuch durch einen Radfahrer. Sie trug erhebliche Verletzungen an Kopf und Rücken davon. Nach Aussagen von Augenzeugen soll der Radfahrer die Schuld an dem Unfall haben.

Vollsein, regelwidrige Gärungsvorgänge im Dickdarm, Leberanschoppung, Gallenstauung, Seitenstechen, Brustbeklemmung, Herzklopfen werden durch das natürliche „Franz-Josef“-Wasser behoben und der Blutandrang nach dem Gehirn, den Augen, den Lungen oder dem Herzen vermindert. Ärztliche Gutachten verzeichnen wahrhaft überraschende Ergebnisse, die mit dem Franz-Josef-Wasser bei Leuten mit sitzender Lebensweise erzielt wurden. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (6470)

§ Im trunkenen Zustande kletterte sich dieser Tage am alten Kanal eine Frauensperson aus, um bei dieser kühlen Witterung ein noch kühleres Bad zu nehmen. Ein Schutzmann vereitelte ihre Absicht und brachte sie zur Ausnüchterung in das Polizeigefängnis.

§ Taschendiebstahl. In den Abendstunden des vergangenen Dienstag stahl ein weiblicher Taschendieb im Gedränge der Bahnhofsvorhalle dem Landwirt Wilhelm Pech aus dem Kreise Gnesen eine Brieftasche mit einer größeren Geldsumme.

§ Einbruch und Diebstahl. Im dem Restaurant Friedrich-Wilhelmstraße (Zygm. Augusta) 3 wurde dem Musiker August Grochowski eine wertvolle Geige gestohlen. — Aus der Garderobe der Arbeiter in der Fabrik S. Vöhrner stahl ein Dieb einen Anzug. Es gelang, den Dieb, der sich gewaltsam Eingang in die Garderobe verschafft hatte, festzunehmen. — Aus einem Lokal im Hause Neue Pfarrstraße (Jeziuska) 2 wurde ein Damenmantel im Werte von 200 Zł. gestohlen.

§ Ein Fühnerdieb, der den gestern berichteten Diebstahl im Hause Renten-Kolonie 2 verübt hat, wurde in der Person des 19jährigen Bronislaw Kehrung festgenommen.

§ Verhaftet wurde der 20jährige Fürsorgezögling Jan Czaplinski, der aus einer Fürsorgeanstalt im Kreise Wągrowitz geflohen war. Er wurde dorthin zurückgeschafft.

§ Fahrraddiebstahl. Dem Gymnasiasten Edward Alf wurde von einem unbekannten Diebe ein fast neues Fahrrad gestohlen, das er vor dem Copernicus-Gymnasium hatte unbeaufsichtigt stehen gelassen. — Dem Malerlehrling Edward Lukowski wurde aus dem Flur des Krankenhauses ein Fahrrad entwendet.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages vier Personen wegen Diebstahls, zwei wegen Betruges und vier wegen Trunkenheit.

\* Aus dem Kreise Bromberg, 5. Juni. In der Nacht zum 4. d. M. drangen unbekannte Einbrecher in das Lokal des Gastwirts Franz Ziolkowski in Mühltal ein. Sie wurden jedoch durch einen in der Küche liegenden Hund verscheucht. Die Täter versuchten dann, in den Keller einzudringen, konnten aber auch von hier vertrieben werden. — In der gleichen Nacht verschafften sich wahrscheinlich dieselben Täter Eingang in die Restauration des Wirtes Szmele in Dylawitz, wo ihnen 650 Zigaretten, zwei Flaschen Wör und verschiedene Schulbücher in die Hände fielen. — In Maximilianowo wurde dem Landwirt Franz Lofe, der mit der Anfuhr von Material beim Bau der Bahnlinie Bromberg-Ödungen beschäftigt ist, ein Pferd gestohlen. Den Bemühungen der Polizei gelang es, den Täter zu verhaften und das Pferd seinem Besitzer wieder zuzustellen.

\* Inowroclaw, 5. Juni. Dieser Tage ereignete sich in der Nähe von Jassie ein Autounfall. Das Auto, Eigentum der Mollerei Jach in Inowroclaw, das mit Milchkannen beladen war, fuhr mit gewöhnlicher Schnelligkeit die Chaussee entlang, als plötzlich kurz vor dem Auto ein Zug der Kleinbahn auftauchte, der die Chaussee überquerte. Hierdurch aus der Fassung gebracht, versuchte der Chauffeur zu bremsen, wobei das Auto, da die Bremse versagte, auf einen Baum aufzufuhr und stark beschädigt wurde. — Gestohlen wurden der Veronika Kempniska Garberobe und Wäsche im Werte von 100 Złoty. Durch einen Revolvererschuss seinem Leben ein Ende zu bereiten versuchte gestern der 19jährige Stefan Adamowski.

\* Markowiz (Markowice), 5. Juni. Am 1. Juni d. J. meldete der Landwirt Stanislaw Kaczmarek dem hiesigen Polizeiposten, daß ihm von dem Auto P. 3. 44 458 auf der Chaussee nach Tupadly eine Kuh im Werte von 600 Zł. zu Tode gefahren wurde.

\* Posen (Poznań), 5. Juni. Eine sehr schnelle Aufklärung gefunden hat ein 15 000 Złoty-Diebstahl beim Konditoreibesitzer Fangrat in der ul. Franciszka Ratajczaka 87 (fr. Ritterstraße). Man hatte eine Kassetten mit dieser Summe gestohlen. Der Verdacht fiel auf einen Arbeiter. Eine in seiner Wohnung vorgenommene Hausdurchsuchung förderte mehrere hundert Złoty zutage. Beim polizeilichen Verhör gestand er den Diebstahl ein; er hatte die Kassetten an sich genommen, mit einem Kollegen geöffnet, das Geld gestohlen und die Kassetten in die Wäsche geworfen. So ist der Bestohlene wieder zu seinem Gelde gekommen, bis auf 1000 Złoty, die die beiden Diebe bereits verjubelt hatten. — Die Polizei hat gestern in Straßenbahnwagen und auf dem Bahnhof nicht weniger als sechs Taschendiebe festgenommen, die zu Gaspielen aus Warschau hergekommen waren. — Eine Einbrecherbande, die lange Zeit nicht gefaßt werden konnte, und deren Gesamtbeute über 6000 Złoty beträgt, hatte sich vor der Strafkammer zu verantworten. Der Maurer St. Brzóska erhielt 3 Jahre Zuchthaus, der Arbeiter A. Drobny 4 Jahre Zuchthaus, der Chauffeur A. Abramczyk 5 Monate Gefängnis und der Bäcker A. Polus 2½ Jahre Zuchthaus.

\* Wirsz (Wyrzysk), 5. Juni. Das seltene Fest der Goldenen Hochzeit feierte am Montag dieser Woche Stellmachermeister Albrecht Rominski mit seiner Ehefrau Viktoria im Kreise seiner Kinder und Enkelkinder. Der Jubilar steht im 75., seine Gemahlin im 73. Lebensjahr. Beide erfreuen sich körperlicher und geistiger Frische.

## Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 6. Juni.

Krakau +, Zawichost + 1,93, Warchau + 1,92, Plock + 1,32, Thorn + 1,09, Rondon + 1,14, Culm + 0,99, Graubenz + 1,24, Rurzebratt + 1,48, Bidel + 0,65, Dirschau + 0,66, Einlage + 2,20, Schwenhorst + 2,38.

## Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant  
im Café und auf den Bahnhöfen die

## Deutsche Rundschau.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. B. Marian Döpfke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Döpfke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten  
einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 127.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 6. Juni.

### Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung, stichweise Niederschläge und wenig veränderte Temperaturen an.

### Warmer Sommer?

Eine Frage, die augenblicklich alle Urlauber bewegt, ist die nach der Wettergestaltung in diesem Sommer. Man möchte die Hoffnung bald aufgeben auf einen schönen warmen Sommer, den wir wirklich nach diesem kalten Winter gebrauchen könnten. Man möchte die Hoffnung bald aufgeben — aber man soll es nicht. Dr. G. H. Kitzinger schreibt nämlich zu dem Thema „Warmer oder kühler Sommer?“ in der „Königsb. Gart. Ztg.“ folgendes:

Führende Autoritäten der Meteorologie, Prof. Dr. von Fider in Berlin und Prof. Dr. F. M. Exner in Wien, haben sich über die Wetterlage des verflorenen, in seinem Februar überaus kalten Winters des Nächstjährigen geäußert. Übereinstimmend wurde dabei die Hauptursache an der Kälteatmosphäre der ungeheuren Ausstrahlung der ohnehin nur in geringen Mengen uns von der Sonne zugeführten Wärme zugeschoben. Vom geophysikalischen Standpunkt aus ist nämlich zu berücksichtigen, daß der für das sichtbare Licht



Die Verlobung unserer Tochter Erna mit Herrn Reinhold Thom beehren wir uns hiermit anzuzeigen

Otto Templin und Frau.

Bukowiec, im Mai 1929.

Erna Templin  
Reinhold Thom

Verlobte.

Bukowiec, im Mai 1929.

### Die Dame

der ich am Sonntag, 8 Uhr, am Theaterplatz begeben sollte, bitte um Nachricht, wo ich ihr begegnen könnte.

U. A.

Polnisch 3245  
Fundgründlich  
ert. geprüfte Lehrerin  
Gdańska 39, 1 Tr. r.

Mittage  
3 Gänge, 1.10 empfiehlt  
Pomorzanka Pomorska 47

weiterer, erfahrener  
verheiratet, evangelisch.

**Administrator**  
poln. Staatsbürger, der  
poln. Sprache mächtig,  
guter Akteur und Vieh-  
wirt, der seine langjäh-  
rige Stellung wegen  
Liquidierung aufgeben  
mühte und seine jetzige  
Stellung aus persönl.  
Gründen wech. möchte,  
sucht ab 1. Oktober oder  
auch früher anderen  
Wirtungsreis. Gefl.  
Offerten unter N. 7463  
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

**Buchhalterin**  
vertraut mit sämtl.  
Arten Buchführ., poln.  
u. deutsch, stenogr.  
fow. Korresp., 1. Stell.,  
am liebsten in Bydgoszcz.  
Off. u. S. 3343 a. d. Gt.

**Buchhalterin**  
bilanzi., Dsch. u. Poln.  
beh., mhrj. Praxis, selbst.  
arb. gew., sucht Stellg.  
v. 1.8.29 evtl. früh, auch  
als Kassierin. Gefl.  
Offerten unter N. 3290  
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

**Wirtin**  
Baile, evgl., sucht vom  
15.6. od. später  
Stellung bei alleinsteh.  
Dame od. Herrn. Zeug-  
nis vorh. Off. u. S. 3217  
an d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Wirtin**  
im Stadt- und Land-  
haushalt erf., mit  
besten Zeugnissen, sucht  
Stellung. Gefl. Offert.  
unter N. 7685 an die  
Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Erfahrene Wirtin**  
tätige  
sucht s. 1. Juli Stellung  
auf größer. Gute. Gefl.  
Offert. unter N. 3318 an  
die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Wirtin**  
erfahren in all. Zweig.  
eines größeren Land-  
haushaltes. Dauer-  
stellg. Zeugnisabdr. u.  
Gehaltsanprüche  
erbeten.  
Frau E. Dehmann,  
Subtown, pow. Tczew.  
Suche s. 15. Juni eine  
selbständige, evangel.  
Stelle. a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Stüke. Mädchen**  
Dieselbe muß in allen  
Hausarbeiten, Kochen,  
Baden, Einweiden etc.  
perf. sein. Vertrauens-  
stelle. Kinderlos. Haus-  
halt. Offert. unter N. 7706  
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**ebgl. Mädchen**  
mit Kochkenntn., nicht  
unter 20 Jahren. Gehalt  
nach Vereinbarung. Off.  
mit Zeugnisabdr. und  
Lebensl. unter N. 7621  
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Suche von sofort häus-  
liches, ehrliches, evgl.  
Mädchen**  
für kleiner. Landhaus-  
halt. Selbiges muß voll  
und ganz d. Hausfrau  
vertreten. Off. u. S. 7667  
a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Ehrliches Mädchen sof.  
ge sucht Waly Jagiel-  
lonskie 12, 2 Tr. 3337**

**Mädchen für alles**  
Kenntn. i. Koch., Näh.,  
u. Blätt., nach Kleinst.  
Bommerell gewinnl.  
Zu erfragen 3342  
Dworcowa 22/23, ptr. r.

### Statt besonderer Anzeige.

Am Mittwoch, dem 5. Juni, vorm. 7 Uhr, entschlief sanft nach langem schweren, mit großer Geduld getragenen Leiden meine unvergeßliche, liebe, gute Mutter, unsere Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Frau Rentier

**Pauline Berg**

geb. Steut

im 66. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrußt an

Emma Schmidt geb. Berg in Stanislawka

Emil Schmidt in Stanislawka

Horst Schmidt als Enkel in Stanislawka

Ernst Müller

Adeline Müller geb. Schur.

Male Samokleski, den 5. Juni 1929.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 8. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

### Danksagung.

Ein herzliches „Vergelt's Gott!“ spreche ich Herrn Antoni Bogacki, ul. Gdańska 71a für die glückliche Heilung eines lästigen Magenleidens unter Anwendung von Heilkräutern aus. Als anderweitige Behandlung, die mir zuteil wurde, nichts half, so daß ich Gefahr lief, operiert werden zu müssen, wandte ich mich an Herrn Bogacki, dem ich einzig und allein die Erlangung der Gesundheit verdanke. Heute fühle ich mich gesund und glücklich.

Marja Chotkiewicz, ul. Bocianowa 28.

Bydgoszcz, den 2. Juni 1929.

### W. Matern, Dentist

Brücken, Zahnersatz u. Füllungen.

Kassenpatienten haben 20% Ermäßigung

Sprechstunden von 9-1, 3-6.

Bydgoszcz, ul. Gdańska 21.

25

### Tennisplätze

Bälle u. and. Zubehör

für Tennisport empf.

billig und gut 7071

B. Paul, Bydgoszcz.

Włocławek 3, 1 Tr.,

am Regierungsamt.

Reparatur, Schlägern

mit Garantie d. Faßon

billig. Auf Wunsch

Preislisten.

Von 8-13 Uhr.

### Aufgebot.

Es wird zur allge-  
meinen Kenntnis ge-  
bracht, daß

1. der Kaufmann Kurt

Anton von Wolff,

wohnhaft in Berlin-  
Hohenschönhausen,  
Wriezenerstraße 4,

2. und die unverhe-  
lichte Elisabeth Clara

Katharina Popowicz,

ohne Beruf, wohnhaft

in Bromberg, Elia-

bethstraße 35/36,

die Ehe miteinander

eingehen wollen.

Die Bekanntmachung

hat in den Gemeinden

Berlin und Bromberg,

in Polen, zu erfolgen.

Einmalige auf Ehelich-

bernisse sich stütende

Eintrachen haben bin-

nen zwei Wochen bei

dem Unterzeichneten zu

gehehen. 3345

Berlin-Hohenschön-

hausen, den 4. Juni 1929.

Der Standesbeamte

des Standesamts

Berlin-Hohenschön-

hausen.

Tamm.

### Brennerei-

berwalter

Rechnungs-Führer,

deutsch-poln. Korresp.,

ledig, sucht Stellung.

Offerten unter N. 7635

a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

### Mühlen-

werkführer

ledig, der seine Fach-

kenntnisse durch lang-

jähr. Zeugn. nachweisen

kann, sucht von sofort

oder später als Werk-

führer, Erster od. Alle-

niger Stellung. Offert.

unter N. 7702 an die

Geschäftsstelle die. Zeitg.

### Beamten.

Selb. muß im Jüder-

rübenbau bewandert,

der deutsch. u. poln. Spr.

in Wort u. Schrift mäch.

sein, auch während der